

Ressort: Finanzen

Hofreiter: Bundesregierung knickt vor Wirtschaftsinteressen ein

Berlin, 12.05.2016, 07:46 Uhr

GDN - Die Grünen im Bundestag werfen der Großen Koalition vor, bei der Neuregelung der Leiharbeit vor den Interessen der Wirtschaft eingeknickt zu sein. Die Pläne von Union und SPD zu Leiharbeit und Werkverträgen stellten keine Verbesserung für die Beschäftigten dar, sagte Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter den Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland": "Der Kompromiss hilft vielleicht dem Koalitionsfrieden, aber bestimmt nicht den Millionen unsicher Beschäftigten."

Die Änderungen bei Einsatzdauer und Entlohnung seien nur kosmetischer Art. "Leiharbeiter sind weiterhin reine Verschiebemasse der Arbeitgeber. Weder bekommen sie vom ersten Tag an mindestens den gleichen Lohn für gleiche Arbeit, noch sind sie wirklich abgesichert", sagte Hofreiter. Die Dauerbesetzung von Stellen durch Leiharbeiter werde sich fortsetzen: "Die Beschäftigten bleiben in einer höchst unsicheren Position."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-72322/hofreiter-bundesregierung-knickt-vor-wirtschaftsinteressen-ein.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619